

Wesentliche landespolitische Projekte im 2. Halbjahr 2007

Ein wesentlicher Schwerpunkt wird in der parlamentarischen Verabschiedung zahlreicher Reformgesetze liegen, die im 1. Halbjahr 2007 auf den Weg gebracht worden sind. Vor allem sind zu nennen:

- das GO-Reformgesetz,
- die Novellierung des Kommunalwahlgesetzes,
- die Novellierung des Landeswahlgesetzes,
- das 2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur (Auflösung der Versorgungsverwaltung),
- Kommunalisierung der Umweltverwaltung,
- die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes,
- das Bürokratieabbaugesetz II (Bürokratieabbau und Konzentration im Bereich der Widerspruchsverfahren),
- das Krankenhausgestaltungsgesetz,
- das Kinderbildungsgesetz,
- das Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften,
- das Verbraucher-Informationsgesetz,
- der Haushalt für das Jahr 2008.

Darüber hinaus sollen weitere Modernisierungsprojekte auf den Weg gebracht werden:

- Umsetzung der Initiative Zukunft Ruhr
- Cluster-Strategie der Landesregierung (Ausschreibung der Wettbewerbe),
- ein Konzept zur Innovationsförderung aus Privatisierungserlösen,
- die Modernisierung des Sparkassenrechts,
- die Reform der Lehrerausbildung,
- Initiative im Rahmen des Ausbildungskonsenses,
- Offensive für Ingenieurwachstum,
- die weitere Novellierung des Landesplanungsgesetzes,
- die Novellierung des Landeswassergesetzes und
- ein Landesheimgesetz.

- Politik für Kinder:
 - 725 neue Familienzentren in 2007
 - Lehrerstellen
 - 2007: 1.000 gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung, 416 für offene Ganztagsgrundschule
 - 2008: 500 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung, 100 für Ausbau Ganztags Hauptschule, 190 Ganztagsgrundschule
 - Ganztagsplätze Grundschule
 - 2007/2008: 164.500
 - 2006/2007: 115.700
 - Ganztags Hauptschulen
 - 2006: 100
 - 2007: 134
 - 2008: 250 (im Endausbau 86.000 Plätze)
 - Offensive gegen das Sitzenbleiben zum Schuljahr 2007/2008

Bei der Verwaltungsmodernisierung sollen weitere Maßnahmen abgeschlossen werden:

- die Auflösung der Versorgungsverwaltung zum 1. 1. 2008,
- die Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes zum 1. 1. 2008,
- die Auflösung des Landesvermessungsamtes zum 1. 1. 2008 und
- die Kommunalisierung der Umweltverwaltung zum 1. 1. 2008.